

Dem Lehrplan droht Ungemach aus den Kantonen

Die Kritiker des Lehrplans 21 machen ernst ó und lancieren Initiativen, damit das Volk entscheiden kann. Die Vorbehalte gegen die Reform sind so unterschiedlich wie die Leute, die sich engagieren.

Von Anja Burri, Bern 25.07.2014

Der Lehrplan 21 legt zum ersten Mal für alle Deutschschweizer Kinder die gleichen Lernziele fest. «Wir haben die Lehrpläne der 21 Kantone genommen, sie durch den Fleischwolf gedreht und in einer guten Mitte den neuen Lehrplan aufgestellt», so beschrieb der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) Christian Amsler in einem Interview mit der «Neuen Luzerner Zeitung» das Vorgehen. Die Botschaft: In den Schulzimmern werde sich praktisch nichts ändern. Zurzeit wird der Lehrplan aufgrund der Kritik in der öffentlichen Konsultation noch überarbeitet. Voraussichtlich Ende Jahr werden die Erziehungsdirektoren den Lehrplan freigeben. In den meisten Kantonen entscheidet dann der Bildungsrat oder die Regierung, ab wann und wie die neuen Lernziele gelten.

Doch nun dürfte es vielerorts anders kommen: Die Lehrplangegner aus den verschiedenen Lagern ó Vertreter aller Parteien, vor allem der SVP, EVP, EDU und der Grünen, aber auch parteilose Lehrkräfte, Eltern und Vertreter religiös-konservativer Kreise ó schliessen sich zusammen und lancieren Volksinitiativen gegen das 550-seitige Werk. In den Kantonen Baselland und St. Gallen sind die Initiativen bereits lanciert.

Wie Recherchen des TA zeigen, ist dies erst der Anfang: Im Aargau fällt der Startschuss im August. In Luzern arbeitet das Komitee am Initiativtext. Und in den Kantonen Thurgau und Graubünden laufen hinter den Kulissen Vorbereitungen, um eine Entscheidung an der Urne zu erzwingen. Viele der Lehrplankritiker haben in ihren Kantonen bereits erfolgreich gegen das Schulharmonisierungskonkordat Harnos gekämpft. Dieses wurde in sieben Kantonen von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Das Ziel von Harnos ist es, die kantonalen Schulsysteme einander anzugleichen. Der Lehrplan 21 ist eine dieser Harmonisierungsmassnahmen. Er wird aber auch von jenen Kantonen eingeführt, die bei Harnos nicht mitmachen.

Vielfältige Gegnerschaft

Die Vorbehalte gegen den Lehrplan sind so unterschiedlich wie die Leute, die sich engagieren. Immer lauter wird die Kritik an der Kompetenzorientierung: Die Schüler werden nicht mehr auf ihr Wissen getestet, sondern es wird überprüft, ob sie dieses Wissen anwenden können. Die Aargauer Heilpädagogin und Mitinitiantin Elfy Roca ist überzeugt, dass die Kompetenzorientierung zu einem Bildungsabbau führen wird. «Der neue Lehrplan baut auf dem selbstgesteuerten Lernen der Kinder auf», sagt sie. Das töne zwar gut, laufe aber der Chancengerechtigkeit zuwider. Jedes Kind lerne mit einem Mäppli voller Arbeitsblätter für sich allein. Die Kinder aber brauchten es, direkt von der Lehrperson angeleitet zu werden und sich in der Klasse gemeinsam mit einem Lerninhalt zu beschäftigen. Bereits benachteiligte Kinder würden durch das selbstgesteuerte Lernen noch mehr abgehängt. Andere Lehrplangegner stören sich an aus ihrer Sicht ideologischen Vorgaben des Lehrplans zu sensiblen Themen wie Sexualität oder Geschlechterrollen. Wieder andere kritisieren, dass traditionelle Fächer wie Geografie oder Geschichte von der Stundentafel verschwinden. Oder

sie bezeichnen es als «undemokratisch», dass weder die Kantonsparlamente noch die Bevölkerung beim Lehrplan mitreden dürften.

Am weitesten sind die Lehrplangeegner im Kanton Baselland. Der Verein «Starke Schule Baselland» habe die Unterschriften bereits zusammen, sagt Geschäftsleiterin Saskia Olsson. Das Komitee will den Austritt des Kantons aus dem Harnos-Konkordat erreichen. Das ist nötig, um den Lehrplan 21 zu kippen: Denn mit dem Beitritt zu Harnos verpflichtete sich Baselland zur Harmonisierung der Bildungsziele.

In St. Gallen haben die Lehrplangeegner zwei Volksinitiativen lanciert. Die erste Initiative verlangt, dass das Kantonsparlament über den Lehrplan entscheiden darf, und schreibt Eckwerte vor, die ein Lehrplan erfüllen muss. Unter anderem soll in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden. Sagt das Volk Ja, ist der Lehrplan 21 nicht mehr anwendbar. Mit dem zweiten Volksbegehren fordern die Initianten einen Austritt aus Harnos. Der Präsident des Initiativkomitees, Michael Fitzli, sieht die Initiativen als eine Art Notbremse: «Unsere Volksschule gehörte zu den besten der Welt», sagt er. Durch die vielen Reformen der letzten Jahre sei das Bildungsniveau gesunken, während gleichzeitig die Kosten gestiegen seien.

Harmonisierung der Systeme

Im Aargau wird die Volksinitiative gegen den Lehrplan am 20. August lanciert. Das Initiativkomitee will ebenfalls Grundregeln ins Gesetz schreiben, wie der Lehrplan aufgebaut werden soll. Gelten diese Eckwerte, ist die Einführung des Lehrplans 21 nicht mehr möglich. In Zürich sind die Bemühungen weniger weit fortgeschritten. Zurzeit ist eine parlamentarische Initiative hängig, die verlangt, dass der Kantonsrat das letzte Wort zum Lehrplan hat. Werde der Vorstoss abgelehnt, ziehe sie eine Volksinitiative in Erwägung, lässt SVP-Kantonsrätin Anita Borer wissen.

Für Beat Zemp, Präsident des Dachverbands der Schweizer Lehrer, braucht es den Lehrplan 21, um die kantonalen Schulsysteme zu harmonisieren. Das sei ein Verfassungsauftrag, den das Stimmvolk klar angenommen habe. Den Initianten stellt er die Frage: «Wie würden Sie den Harmonisierungsauftrag umsetzen?» Laut Zemp sind die Lehrplanmacher zudem daran, die grössten Mängel des Lehrplans 21 zu korrigieren. Die D-EDK nimmt zum jetzigen Zeitpunkt zu den Volksinitiativen keine Stellung.